

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Stadtzeitung: Riesaer Tageblatt.

Nummer Nr. 22.

Buchdruckerei: Leipzig 21200.

Strasse Riesa Nr. 22.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 97.

Mittwoch, 28. April 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 10 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauflösung, monatlich 2.— Mark ohne Zusatzgebühr, bei Abholung am Posthalter monatlich 3.10 Mark ohne Zusatzgebühr. Anzeigen für die Nummern des Ausgabekatalogs sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewebe für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 45 min breite, 3 mm hohe Gründchischrift 7 Silben 20 Pf.; Ortspreis 70 Pf.; zeitschriften- und tabellarischer Satz 50 Pf., Aufschlag. Nachleistung und Vermittelungsgebühre 20 Pf. Heile Zeile. Bewilligter Rabatt erhältlich, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingesogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Sitzungs- und Eröffnungsort: Riesa. Verschiedenartige Unterhaltungsbeläge „Gräber an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger legenwalcher Störungen des Betriebs der Druckerei, der Dienstleister oder der Vertriebseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Wagner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Wettinerstraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Anzeigenamt: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Fleischversorgung in der Woche vom 26. April — 2. Mai 1920.

Auf die Reichsschlachtsteile Reihe M erhalten:
Personen über 6 Jahre auf die Marken 1—10 90 gr Rindergeflüsterfleisch und 80 gr
Fleisch- und Wurstkonserve,
Personen unter 6 Jahre auf die Marken 1—5 45 gr Rindergeflüsterfleisch und 40 gr Fleisch-
und Wurstkonserve.

Der Preis beträgt bei:

Würstenfleisch	8.80 M.
Würstchenwurst	6.50 M.
Rindergeflüsterfleisch	13.50 M.

Großenhain, am 27. April 1920.

563 a.V. Die Amtshauptmannschaft.

Arbeiterzählung.

Am 8. Mai 1920 findet in der Stadt Riesa die übliche Arbeiterzählung statt. Räume formulieren hierzu werden verteilt. Die Unternehmer haben diese Fragebögen am Freitag, den 8. Mai 1920 auszufüllen, zu unterzeichnen und bis zum 5. Mai 1920 im Rathaus, Zimmer Nr. 4 — Polizeiamt — zurückzugeben.

Die Erläuterungen auf der Rückseite des Zählformulars sind genauestens zu beachten.

Der Rat der Stadt Riesa, am 27. April 1920.

Örtliches und Sächsisches.

Riesa, den 28. April 1920.

— Wichtigster Bericht über die gestern abend von 5 Uhr ab in der Oberrealschule abgehaltene öffentliche Sitzung bei Stadtverordneten. Von Kollegium saßen die Herren Stadtbaudirektor, Scheibner und Günther. Als Vertreter des Rates wohnten die Herren Bürgermeister Dr. Scheibner und Stadtrat Dr. Krämer der Sitzung bei. Der Bührerraum war nur schwach besetzt. Die Sitzung leitete Herr Vorsteher Romberg.

1. Erhöhung des Stättengeldes bei Jahrmarkten und beim Christmarkt. Umsteige Wartkosten, die seit 1912 bestehen, sieht für die Erhebung des Stättengeldes folgende Sätze vor: für überbauten Raum 60 Pf., unüberbauten 50 Pf., für andere Gebäude 30 Pf. für den laufenden Meter; Schaubuden und Kauzells je nach Größe 1 bis 50 Mark. Da diese Sätze nicht mehr zeitgemäß sind und auch andere Städte Erhöhungen vorgenommen haben, hat der Rat beschlossen, das Stättengeld um 200 Prozent zu erhöhen. Das Kollegium trat dem Ratsbeschluss bei.

2. Erhöhung des Gaspreises. Der vom Rate beschlossene Erhöhung des Gaspreises auf 170 Pf. pro Kubikmeter für Einheitsgas, 175 Pf. für Automotangas und 160 Pf. für höherrangig verbrauchtes Gas stimmte das Kollegium zu. Aufgrund der erhöhten Rohstoffpreise und Löhne stellt sich jetzt der Selbstostenpreis für das Gaswerk auf 135 Pf. pro Kubikmeter.

3. Erhöhung des Wasserpreises. Ebenso stimmte das Kollegium bei dem Ratsbeschlossenen Erhöhung des Wasserpreises auf 110 Pf. pro Kubikmeter für Privat-, 105 Pf. für zu gewerblichen Zwecken verbrauchtes Wasser und 100 Pf. für Dienste, städt. Wasser, Eisbahn und Flüssigkeiten. Der Selbstostenpreis für den Kubikmeter Wasser stellt sich jetzt für das Wasserwerk auf 84.6 Pf. Die Erhöhung ist notwendig geworden durch die gestiegenen Löhne und Strompreise. Auch die Unterhaltskosten für die Gebäude und Grundstücke haben sich wesentlich erhöht, besonders da sich Herstellungskosten am Wasserturm notwendig machen.

4. Abgabe des 2. Kessels des Wasserwerks an das Gaswerk. Von Gas- und Wasserwerksdirektor ist vorgeschlagen worden, den im Wasserwerk infolge des Anschlusses an die Ueberlandzentrale Gröba außer Betrieb gelegten 2. Kessel zum Preise von 2400 Mark auf das Gaswerk zu übernehmen. Der Rat hat dem Vorschlag zugestimmt, das Kollegium beschloss in gleichem Sinne.

5. Zuseitung von Holzgas. Der Direktor des Gasbetriebes hat darauf hingewiesen, dass die Kohlensumzüge in diesem Jahre geringer sein werden als im vor. Jahre und dass deshalb ohne vermehrte Zuseitung von Holzgas nicht mehr auszukommen sei. Die Zuseitung möchte nunmehr 33 Prozent betragen. Der Rat hat beschlossen, dem Vorschlag zuzustimmen. Das Kollegium trat dem Ratsbeschluss bei. Die Kohlensumzüge an das Gaswerk haben betragen: 1915: 3792 Tonnen, 1916: 4191 Tonnen, 1917: 4418 Tonnen, 1918: 3839 Tonnen, 1919: 3927 Tonnen und werden im Jahre 1920 vorzugsweise betragen 3120 Tonnen. Die Wiederzuweisung wird im laufenden Jahre gegen das Vorjahr um 800 Tonnen betragen.

6. Verkauf von Areal in der Niederlagsstraße. Herr Gelbgießermeister, R. Müller hat gebeten, ihm das vor seinem Grundstück, Niederlagsstr. 5, gelegene Städtische Areal zum Preise von 7 Mark für den Quadratmeter zu überlassen. Das Areal dort ist 288,8 Quadratmeter groß. Davon würden 194,3 Quadratmeter auf Herrn Müller, 44,3 Quadratmeter auf Herrn Gustav Schulze (Wärmeleiterfeuer) entfallen. Außerdem hat der Besitzer des Nachbargrundstückes, Herr Ulrich, gebeten, ihm ein kleines dreieckiges Städtisches Areal abzutreten, weil er meint, er würde eine bessere Bauflächenlinie erhalten. Das Gesuch des Herrn Müller ist vom Rate genehmigt worden mit der Bedingung, dass er das Areal in der jetzigen Weise eintriedigt, wie die Nachbargrundstücke. Die Eintriedigung des Nachbargrundstückes ist schmerzlich auf Kosten der Stadt erfolgt. Herr Schulze hat sich ebenfalls bereit erklärt, die 44 Quadratmeter zu übernehmen. Das Gesuch des Herrn Ulrich ist abgelehnt worden, weil nach den vorgebrachten Bauflüchlinien ein Grund für die Abtretung nicht vorlag. In der Aussprache wurden von Herrn Stadtbaudirektor Schünemann gegen den Preis von 7 Mark Bedenken geäußert, da zu erwarten sei, dass die auf dem Areal anstehenden Bäume vom Käufer umgeschlagen würden und der Preis aus demselben Grunde sinken müsse.

Der Preis für das Areal, Herr Stadtbaudirektor, macht darauf aufmerksam, dass der Käufer die Eintriedigung auf seine Kosten werde herstellen müssen, wodurch der Preis für das Areal sich schon erhöhe. Es wurde schließlich ein Vertragsantrag Schönborn angenommen, der bestätigt, dass der Wert des Holzes und der Preis für die Eintriedigung festgestellt werden sollen und alsdann verhandelt wird, eine Vereinbarung mit dem Käufer zu treffen.

7. Bewilligung eines Bushusses für die Elbbaudeanstalt. Der Betreiber des Elbbaudes, Herr Große, hat um eine größere Unterstützung seitens der Stadt als letzter gebeten. Der städtische Buchfuß hat bisher 1000 Mark jährlich betrugen. Herr Große hat dem Rate eine Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben überreicht, aus der zu erkennen war, dass das Elbbad im Jahre 1920 voraussichtlich mit einem Bruttobetrag von 2800 Mark zu rechnen hat. Der Rat hat darauf beschlossen, für dieses Jahr zum Aufbau und Betrieb des Elbbaudes einen Beitrag von 4000 Mark zu gewähren. Das Kollegium trat dem Ratsbeschluss bei.

8. Erhebung eines Teiles des Mietzinses seitens der Stadt für die Wohnungen, die durch die Kosten der Wohnungsbauten zu Lasten der Stadt vorgenommenen Wohnungsbauten erstellt worden sind. Vom Rate war ein Beschluss gefasst, der dahin ging, von dem Mietzins, der nach den durch die Stadt vorgenommenen Wohnungsumbauten von den Hausbesitzern erhoben wird, einen Teil in solwert in Anspruch zu nehmen, also es notwendig ist, um den Hausbesitzer einen ungerechtfertigten Mehrnetzins zu entziehen. Herr Stadtbaudirektor fragt an, ob zu den Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden. Herr Stadtbaudirektor, Mehlendorf, meint, dass der Rat zur Deckung der Kosten der Wohnungsbauten nicht den Hausbesitzer und Mieter in Anspruch nehmen sollte, sondern sich an den Staat wenden möge. Das Kollegium will auf die Kosten der Wohnungsbauten Zuflüsse vom Reich zu erhalten seien oder Mittel aus dem Ertrag der zu erwartenden Mietzinsen zur Verstärkung stehen würden

12. Zur Versammlung des Schlesischen Gemeindetages wurden als Vertreter des Kollegiums die Herren Stadt. Vorst. Thomberg und Stadt. Giebler abgeordnet.

13. Mitteilungen. Der Gemeindebeamtenbund veranstaltete am 8. Mai in Dresden einen Vortrag, der die Förderung auf Gleisstellung der Gemeindebeamten mit den Staatsbeamten behandelt wird. — Mit dem Gefüll des Ministerpräsidenten, betre. Überlösung eines Teiles des Schwäbischen Blattes, hat sich auch der Rat beschäftigt. Er steht mit, daß sich eine Entlastung erübrigte habe, da der Platz noch vom Blatt gepachtet sei und schließen läßt, daß den 30. September 1921 gefündigt werden könne. Bis gegebener Zeit werde auf das Gefüll ausgeschlossen. — Ferner nimmt das Kollegium Kenntnis von dem bereits mitgeteilten Beschluss des Rates bezügl. des Antrages der Linken, das Gedammten- und Billegeren betreut. Herr Stadt. Dr. Schneider erklärt, daß sich die Linke die Stellungnahme zu diesem Ratebeschluß vorbehält.

14. Verschiedenes. Ein Antrag des Herren Stadt. Göbnitz, den Rat zu ersuchen, entsprechend einer Erklärung der Staatsregierung den 1. Mai als Heirat zu erklären, wurde mit 10 gegen 8 Stimmen angenommen. — Auf eine Anfrage der Herren Stadt. Gölpert, wann die Einrichtung eines Kindergartens durch die Stadt erfolge, erklärt Herr Bürgermeister Dr. Scheider, daß zunächst die Verhandlungen mit dem Frauenverein wegen Überlösung des Raumes zum Abschluß gebracht werden mühten. Göbald dies erfolgt ist, werde mit der Einrichtung begonnen.

* * *

— Unbekannter Betrüger. Im Laufe der vorigen Woche in dieser Stadt ein unbekannter Betrüger aufgetreten. Er hat sich zu einem hohen Schneider durch falsche Angaben, einen großen Militärmantel und eine ebenfalls hohe Hose erschlichen. Der Unbekannte ist etwa 28 Jahre alt, 1,65 bis 1,80 groß, kräftig, hat schwarzes und hohes geflochten Haar und schwarzen englisch verzierten Schnurrbart. Bekleidet war er mit grauer Militäruniform mit hohem Kragen und Infanterie-Mütze mit rotem Streifen. Er trug linksseitig künstlichen Arm und an der Hand grauen Handschuh. Sachdienliche Wahrnehmungen wolle man der dieselben Polizei mittheilen.

— Präsentation infolge Kaufunfähigkeit. Die Dresdner Nachrichten melden: Wer heute die Auslagen der Lebensmittelgeschäfte oder die Stände der Marktballen einer Bevölkerung untersteht, wird erstaunt sein über das Massenangebot von Fleischwaren aller Art. Besonders im Hause spricht der ausfällige Preisrückgang in diesen Waren. Schweinefleisch, das noch vor knapp zwei Wochen mit 34. ja in manchen Delikatessläden bis zu 38 Pfund für das Pfund zum Verkauf stand, ist jetzt fast durchgängig mit 28. marktvertrieben. Sofern schon zu 28 Pf. Speck kostet zu 24 Pf. zu haben. Beste Schlagschweinefleisch kostete vor 14 Tagen im freien Handel 32 Pfund, heute ist sie auf 24 bis 26 Pf. gesunken. In ganzen Wagenladungen wird heute Blasertal auf den Markt geworfen, von dem das Pfund sich durchschnittlich jetzt ebenfalls schon auf etwa 20 Pfund stellt, also einen Rückgang von mindestens 10%, gegenüber den vorherigen Ausgaben ausweist. Den Grund hierfür findet das Blatt in der allgemeinen Kaufsunfähigkeit, bedingt durch Kaufunfähigkeit.

— Personenausverkehr am 1. Mai und an Sonn- und Feiertagen. Für die Zeit bis zum Anfangsstarten des neuen Sommerabplanes am 1. Juni wird der Zugverkehr auf den Linien der Sächs. Staatsbahnen wie folgt geregelt: a) am Sonnabend, den 1. Mai wird nur der bisherige befreundete Sonntagsverkehr durchgeführt, b) an den Sonntagen, den 2., 9., 16., 23. und 30. Mai tritt ein erweiterter Sonntagsverkehr in Kraft. Auskünfte über die verbleibenden Züge erteilen von Freitag ab die Stationen, c) am Himmelfahrtstage, den 13. Mai und am Pfingstmontag, den 24. Mai wird — wie bisher an den Feiertagen im Innern der Woche üblich — der Zugverkehr im allgemeinen wie an Werktagen durchgeführt. Es fallen nur die für den Berufs- und Arbeiterverkehr entbehrlichen Züge aus.

— Der Stand der Nutz- und Auktionsabhaltung in Sachsen. Der gegenwärtige Stand in den einzelnen Zweigen der landwirtschaftlichen Nutz- und Auktionsabhaltung zeigt im Vergleich zu den Verhältnissen im vorigen Jahre eine langsame Aufbesserung. Leider werden auch erneut durch die gegenwärtig stattfindende Viehhaltung an die Entente viel günstigeren Hoffnungen und Wahnabgaben gestört. Die bringende Förderung des landwirtschaftlichen Tierhalters ist mehrere Bewegungsfehler mit seinen eigenen Ergebnissen. Es wird hierüber folgendemartig berichtet: Die Rindvieh- und Schweinezucht liegt deshalb so im Argen, weil der Landwirt das Interesse an diesen Produktionszweigen über seinen unmittelbaren Bedarf hinaus genommen ist durch ungünstige Preise und die Schwierigkeit in der Beschaffung von Futtermitteln. Mit den wenigen beobachteten Ausfällen aus Verfälschung gestellten Unterstellen ist die Zukunft nicht zu fördern. Hilft der Landwirt sich selbst, so sieht er sich den Gefahren des überhandnehmenden Deutschen Zuchtwesens und schwerer Verhaftung aus. Die Ausdehnung der Wiederkunft gegenüber den letzten Fleischabnahmen ist unverkennbar, da die Landwirtschaft infolge des herrschenden Mangels an Futtergut und der hohen Preise jede nur legende wie noch zusätzliche Stütze auslassen. In der Rindviehzucht gewinnt die private Haltung immer mehr an Boden. Von einem erhöhten Interesse für die Rinderzucht ist unter dem Drucke des landwirtschaftlichen Verhältnisses bei der größeren Mehrzahl der Landwirte immer noch nichts zu hören. Sehr gering ist immer noch das Verständnis für die Bedeutung eines züchterisch wertvollen Bullen, denn der Landwirt ist noch immer geneigt, für eine Rind höhere Preise anzulegen, als für einen guten Rindvieh. Es steht zu hoffen, daß der neugegründete Landesverbund sächsischer Herdbuchvereine, der von seinen der züchterisch tätigen Landwirten großen Zuspruch erträgt, auch auf diesem Gebiet bald Wandel hervorbringen wird. Die Schweinezucht ist eine Butterfrage und zeigt als solche gerade in Sachsen noch keine bedeutende Entwicklung. Die vielfach noch im Argen liegende Überhaltung soll durch die Gründung von Überhaltungsgenossenschaften nach Möglichkeit gefördert werden. Auch hier hat sich ein Landesverband gegründet, der sich die Führung und Verteilung des Weißrindes verschieden Landesweines zur Aufgabe gemacht hat. Die Schafzucht erfreut sich fortgesetzter Zuwendung und eines wachsenden Verständnisses, besonders unter den bürgerlichen Schafhaltern. Größere Güter haben sich wieder gegründet, aber die bereits vorhandenen vermehrt. Der teilweise überhaupt große Mangel an ausreichendem Winterfutter und besonders das seit vollständige Fleden von Kraftfutter für die jungenen Wolltierschafe macht hier überall sehr bemerkbar. Der neugegründete Landesverband sächsischer Schafzüchter, der sich bereits eines regen Zuspruchs erfreut, hat sich die Förderung des Schafzuchts besonders durch eine gesetzte neuzeitliche Wollwertung, die An- und Verkaufsermittlung von Futterfutter und -oden sowie durch fachgemäße Beratung des Herdenbrechers und Schafhalters zur Aufgabe gemacht. Die Futterverhältnisse lassen jetzt eine günstige Beurteilung zu, nachdem mit einem frühen Schafzuchterfolg gerechnet werden kann. Teilweise ist mit dem ersten Wogeneschnitt und mit dem Antritt des Jungzuchtes schon begonnen worden.

— Unbegündete Befürchtungen in Reichswahlkreisen. In den Wochen der Appellationsrechts habe ich gegen die Reichswahlkreise Sachsen, Sachsen-

Truppenstelle der Reichswehr ist zu einem Verhalten veranlaßt worden, daß gegen die militärische Disziplin verstoßen möchte, aber den Befehl verfolgte, für die Verfassung und die verfassungsmäßige Regierung einzutreten. Nach dem bereits veröffentlichten Befehl des Reichsverteidigungsministers und des Reichsbeauftragten des Reichstages ist weiteren die wegen solcher Verstöße gegen die Disziplin anhängige ehemaligen Gerichtsverfahren nicht von den Militärgerichten, sondern von den Justizgerichten gelöst, und es dürfen die betroffenen Reichswehrangehörigen vor Abschluß des Prozesses freigesetzt werden. Von den beteiligten Kreisen geben nun Befürchtungen aus, daß Entlassungen solcher Reichswehrangehörigen unter Umgehung der Gerichte aus dem Dienstweg erfolgen könnten. Auf Erkundigungen, die daraufhin von dem sächsischen Regierungsbauamtgefragt waren, kam der Reichswehrkommandant einzugehen, daß der Reichswehrbefehl erlaubt, daß derartige Wahrungsvergabungen verhältnismäßig unzulässig seien und unterbleiben würden.

— Reisen des Mittelstandes. Der „Sachsen-Almanach“ wird geschrieben: „Wohl niemals hat der deutsche Verkehr in einer solchen Zeit der Verkehrsarmut und der Gegenläufigkeit gestanden wie heute. Eine traurige Begleitercheinung der gewöhnlichen Fahrzeugschwierigkeiten ist die Notlage, in die der Mittelstand, der Minderbemittelte durch diese Tarifpolitik geraten. Mit bangter Sorge erwartet der Deutsche Verkehr, obwohl der Bundes Deutscher Verkehrsvereine, die Frage, ob bei diesen ungeheuren Preissteigerungen der deutsche Mittelstand, der Kleinförderer, in Zukunft überhaupt noch an Erholungsräumen bilden kann, und ob damit nicht eine weitere große Gefahr für die Erholung der Bahn und der Eisenbahnverwaltungen, Kommunen, Gouvernements und ganz besonders aus den gemeinnützigen Verkehrsorganisationen, solfern sie zusammenkommen, um an einer Befreiung dieser Verhältnisse mitzuwirken. Wir dürfen nicht dahin kommen, daß die Wohnstätten unserer Händler nur wenigen bevorzugten Geldbeuteln zugänglich sind, ebensoviel dazu, daß Preise in den Schulungsbüchern gefordert werden, die nur von Schiedern oder von den die Valuta ausnutzenden Ausländern erträglich sind, während der willkürliche Schulungsbüchertarif die Aufenthaltsmöglichkeit unmöglich gemacht wird. Es wird ferner zu prüfen sein, ob nicht Müßiggang auf die Hochspieligkeit weiter Fleisch nicht andere Wege der Erholung und der Aufschaltung der Menschen für uns Deutsche gelassen werden müssen, so z. B. die härtere Benutzung des Wanderns, statt der teuren Bahnschaffnungen oder die Benutzung klarerer Kugelpunktionen, wie z. B. Wochentags-Erlaubnisse. Gerade hier dürften sich dankbare Aufgaben sozialer Art für die Eisenbahnverwaltungen ergeben, indem sie für notwendige Ferienreisen, für Wochenendkarten und den Minderbemittelten Vergünstigungen einräumen. Am gleichen Sinne sollen auch die Kurorte und Sommerfrische ernstlich die Frage eröffnen, wie sie den innerdeutschen Verkehr, insbesondere den des Mittelstandes, durch gewisse Bewegungen, gesondert falls gegen entsprechenden Aufwand, mit erhöhen können.“

— Die Einführung des Volksbildungsfonds. Der „Sachsen-Almanach“ berichtet: „Wohl niemals hat die deutsche Verkehrs- und Wirtschaft in einer solchen Zeit der Verkehrsarmut und der Gegenläufigkeit gestanden wie heute. Eine traurige Begleitercheinung der gewöhnlichen Fahrzeugschwierigkeiten ist die Notlage, in die der Mittelstand, der Minderbemittelte durch diese Tarifpolitik geraten. Mit bangter Sorge erwartet der Deutsche Verkehr, obwohl der Bundes Deutscher Verkehrsvereine, die Frage, ob bei diesen ungeheuren Preissteigerungen der deutsche Mittelstand, der Kleinförderer, in Zukunft überhaupt noch an Erholungsräumen bilden kann, und ob damit nicht eine weitere große Gefahr für die Erholung der Bahn und der Eisenbahnverwaltungen, Kommunen, Gouvernements und ganz besonders aus den gemeinnützigen Verkehrsorganisationen, solfern sie zusammenkommen, um an einer Befreiung dieser Verhältnisse mitzuwirken. Wir dürfen nicht dahin kommen, daß die Wohnstätten unserer Händler nur wenigen bevorzugten Geldbeuteln zugänglich sind, ebensoviel dazu, daß Preise in den Schulungsbüchern gefordert werden, die nur von Schiedern oder von den die Valuta ausnutzenden Ausländern erträglich sind, während der willkürliche Schulungsbüchertarif die Aufenthaltsmöglichkeit unmöglich gemacht wird. Es wird ferner zu prüfen sein, ob nicht Müßiggang auf die Hochspieligkeit weiter Fleisch nicht andere Wege der Erholung und der Aufschaltung der Menschen für uns Deutsche gelassen werden müssen, so z. B. die härtere Benutzung des Wanderns, statt der teuren Bahnschaffnungen oder die Benutzung klarerer Kugelpunktionen, wie z. B. Wochentags-Erlaubnisse. Gerade hier dürften sich dankbare Aufgaben sozialer Art für die Eisenbahnverwaltungen ergeben, indem sie für notwendige Ferienreisen, für Wochenendkarten und den Minderbemittelten Vergünstigungen einräumen. Am gleichen Sinne sollen auch die Kurorte und Sommerfrische ernstlich die Frage eröffnen, wie sie den innerdeutschen Verkehr, insbesondere den des Mittelstandes, durch gewisse Bewegungen, gesondert falls gegen entsprechenden Aufwand, mit erhöhen können.“

— Die Kommission in der Landesicherheitspolizei. Neben die hinsichtliche Stellung der Kommission in der Landesicherheitspolizei steht die öffentliche Staatsanwaltschaft mit: In Ausführung des Volksammerbeschaffungsfonds vom 17. Dezember 1919 hat der Minister des Innern den Kommissarbeamten der Sachsischen Landesicherheitspolizei Kommissare mit weitreichenden Befugnissen beauftragt. Die Kommissare haben die Aufgabe, in unterschiedlichen Seiten bei zugelöster und schwieriger Lage durch Verhandlungen den Versuch zu machen, ein Einschlüpfen mit her Rasse übermäßig zu machen. Sie haben die Bevölkerung über das Wesen der Landesicherheitspolizei aufzuklären, insbesondere ihre Erfahrungen und Beobachtungen, die gegen die Landesicherheitspolizei gerichtet sind, entgegenzutreten. Sie sollen eine innere Verbundenheit zwischen allen Kreisen der Bevölkerung und der Landesicherheitspolizei herstellen und aufrecht erhalten. Ihre Befähigkeiten sind dabei so geregelt, daß sie die Maßnahme der Landesicherheitspolizei zu bestimmen und damit beim Unterricht und der Sanktion der Bevölkerung möglichst anzuwenden vermögen. Durch die Dienstanweisung wird den Kommissaren ein wichtiger Einfluß auf die inneren Angelegenheiten der Landesicherheitspolizei z. B. auch auf die Verbrennen eingeräumt werden. Die Tätigkeit der Kommissare wird daher auf die dienstlichen Verhältnisse in den Kreisen der Landesicherheitspolizei selbst gänzlich einwirken können. Die Möglichkeit des unmittelbaren Verfeinds der Kommission mit der Regierung wird durch die Dienstanweisung geichert. Die Kommission werden über das Ergebnis ihrer Tätigkeit unbedenklich und ohne Umwege an zuständige Stelle Bericht errichten können. Durch diese Anordnungen soll dazu beigetragen werden, die Landesicherheitspolizei in einem unbedingt zuverlässigen, wichtigen Werkzeug in den Händen der verfassungsmäßigen Regierung zu machen. Sie sind veranlaßt worden durch das Befehl der Regierung, die Organisation der Landesicherheitspolizei so auszubauen, daß sie allen Willigen und berechtigten Bürgern der Bevölkerung gerecht wird und jedem ermöglicht, ohne Bedenken in die Landesicherheitspolizei einzutreten, der den Anstellungsgrunderungen entspricht und mit helfen will an dem Wiedereraufbau unseres Staates.

— Die Wiederaufbau der sächsischen Schwiegerländer. Der Verlauf des Kleinen Parteidages, über den wie berichtet wurde, hat gezeigt, daß die Gegenseite, die sich zwischen der Chemnitzer und der Dresdner Richtung bewegte, haben, viel tiefergehender stand, als angenommen wurde, und daß eine Überprüfung auch anlässlich des Wahls nicht möglich ist. Wie die Abstimmung über das Chemnitzer Altionsprogramm ergeben hat, hatte die Chemnitzer Richtung auf dem Parteidage eine klare Mehrheit. Jetzt scheint es, als ob die Abstimmung zwischen den beiden Richtungen erst noch einmal mit aller Schärfe von neuem aufgenommen werden sollte. So steht z. B. die „Dresdner Volkszeitung“ in ihrer letzten Nummer mit der Chemnitzer Richtung in einem „Sächsischen Schwiegerländer“ überzeugendem Maße auf die Chemnitzer Tagung folgendermaßen aus: „In dieser Linie machen die vorzeitigen Aussfälle und Verschiebungen jener Genossen einen äußerst ungünstigen Einbruch nach außen, die sich gern als Chemnitzer Richtung bezeichnen lassen, wozu aber bemüht werden muß, daß nichts falsch ist, als von einer Richtung zu sprechen, denn die zum Teil noch recht jugendlichen Wirklicher haben sich von Jahr durch eine absolute Prüfungsbefreiung unzulänglich ausgezeichnet. Ein bis zur Möglichkeit ausgearbeiteter Plan, der die vorzeitigen Aussfälle und Verschiebungen jener Genossen einen äußerst ungünstigen Einbruch nach außen, die sich gern als Chemnitzer Richtung bezeichnen lassen, wozu aber bemüht werden muß, daß nichts falsch ist, als von einer Richtung zu sprechen, denn die zum Teil noch recht jugendlichen Wirklicher haben sich von Jahr durch eine absolute Prüfungsbefreiung unzulänglich ausgezeichnet. Ein bis zur Möglichkeit ausgearbeiteter Plan, der die vorzeitigen Aussfälle und Verschiebungen jener Genossen einen äußerst ungünstigen Einbruch nach außen, die sich gern als Chemnitzer Richtung bezeichnen lassen, wozu aber bemüht werden muß, daß nichts falsch ist, als von einer Richtung zu sprechen, denn die zum Teil noch recht jugendlichen Wirklicher haben sich von Jahr durch eine absolute Prüfungsbefreiung unzulänglich ausgezeichnet. Ein bis zur Möglichkeit ausgearbeiteter Plan, der die vorzeitigen Aussfälle und Verschiebungen jener Genossen einen äußerst ungünstigen Einbruch nach außen, die sich gern als Chemnitzer Richtung bezeichnen lassen, wozu aber bemüht werden muß, daß nichts falsch ist, als von einer Richtung zu sprechen, denn die zum Teil noch recht jugendlichen Wirklicher haben sich von Jahr durch eine absolute Prüfungsbefreiung unzulänglich ausgezeichnet. Ein bis zur Möglichkeit ausgearbeiteter Plan, der die vorzeitigen Aussfälle und Verschiebungen jener Genossen einen äußerst ungünstigen Einbruch nach außen, die sich gern als Chemnitzer Richtung bezeichnen lassen, wozu aber bemüht werden muß, daß nichts falsch ist, als von einer Richtung zu sprechen, denn die zum Teil noch recht jugendlichen Wirklicher haben sich von Jahr durch eine absolute Prüfungsbefreiung unzulänglich ausgezeichnet. Ein bis zur Möglichkeit ausgearbeiteter Plan, der die vorzeitigen Aussfälle und Verschiebungen jener Genossen einen äußerst ungünstigen Einbruch nach außen, die sich gern als Chemnitzer Richtung bezeichnen lassen, wozu aber bemüht werden muß, daß nichts falsch ist, als von einer Richtung zu sprechen, denn die zum Teil noch recht jugendlichen Wirklicher haben sich von Jahr durch eine absolute Prüfungsbefreiung unzulänglich ausgezeichnet. Ein bis zur Möglichkeit ausgearbeiteter Plan, der die vorzeitigen Aussfälle und Verschiebungen jener Genossen einen äußerst ungünstigen Einbruch nach außen, die sich gern als Chemnitzer Richtung bezeichnen lassen, wozu aber bemüht werden muß, daß nichts falsch ist, als von einer Richtung zu sprechen, denn die zum Teil noch recht jugendlichen Wirklicher haben sich von Jahr durch eine absolute Prüfungsbefreiung unzulänglich ausgezeichnet. Ein bis zur Möglichkeit ausgearbeiteter Plan, der die vorzeitigen Aussfälle und Verschiebungen jener Genossen einen äußerst ungünstigen Einbruch nach außen, die sich gern als Chemnitzer Richtung bezeichnen lassen, wozu aber bemüht werden muß, daß nichts falsch ist, als von einer Richtung zu sprechen, denn die zum Teil noch recht jugendlichen Wirklicher haben sich von Jahr durch eine absolute Prüfungsbefreiung unzulänglich ausgezeichnet. Ein bis zur Möglichkeit ausgearbeiteter Plan, der die vorzeitigen Aussfälle und Verschiebungen jener Genossen einen äußerst ungünstigen Einbruch nach außen, die sich gern als Chemnitzer Richtung bezeichnen lassen, wozu aber bemüht werden muß, daß nichts falsch ist, als von einer Richtung zu sprechen, denn die zum Teil noch recht jugendlichen Wirklicher haben sich von Jahr durch eine absolute Prüfungsbefreiung unzulänglich ausgezeichnet. Ein bis zur Möglichkeit ausgearbeiteter Plan, der die vorzeitigen Aussfälle und Verschiebungen jener Genossen einen äußerst ungünstigen Einbruch nach außen, die sich gern als Chemnitzer Richtung bezeichnen lassen, wozu aber bemüht werden muß, daß nichts falsch ist, als von einer Richtung zu sprechen, denn die zum Teil noch recht jugendlichen Wirklicher haben sich von Jahr durch eine absolute Prüfungsbefreiung unzulänglich ausgezeichnet. Ein bis zur Möglichkeit ausgearbeiteter Plan, der die vorzeitigen Aussfälle und Verschiebungen jener Genossen einen äußerst ungünstigen Einbruch nach außen, die sich gern als Chemnitzer Richtung bezeichnen lassen, wozu aber bemüht werden muß, daß nichts falsch ist, als von einer Richtung zu sprechen, denn die zum Teil noch recht jugendlichen Wirklicher haben sich von Jahr durch eine absolute Prüfungsbefreiung unzulänglich ausgezeichnet. Ein bis zur Möglichkeit ausgearbeiteter Plan, der die vorzeitigen Aussfälle und Verschiebungen jener Genossen einen äußerst ungünstigen Einbruch nach außen, die sich gern als Chemnitzer Richtung bezeichnen lassen, wozu aber bemüht werden muß, daß nichts falsch ist, als von einer Richtung zu sprechen, denn die zum Teil noch recht jugendlichen Wirklicher haben sich von Jahr durch eine absolute Prüfungsbefreiung unzulänglich ausgezeichnet. Ein bis zur Möglichkeit ausgearbeiteter Plan, der die vorzeitigen Aussfälle und Verschiebungen jener Genossen einen äußerst ungünstigen Einbruch nach außen, die sich gern als Chemnitzer Richtung bezeichnen lassen, wozu aber bemüht werden muß, daß nichts falsch ist, als von einer Richtung zu sprechen, denn die zum Teil noch recht jugendlichen Wirklicher haben sich von Jahr durch eine absolute Prüfungsbefreiung unzulänglich ausgezeichnet. Ein bis zur Möglichkeit ausgearbeiteter Plan, der die vorzeitigen Aussfälle und Verschiebungen jener Genossen einen äußerst ungünstigen Einbruch nach außen, die sich gern als Chemnitzer Richtung bezeichnen lassen, wozu aber bemüht werden muß, daß nichts falsch ist, als von einer Richtung zu sprechen, denn die zum Teil noch recht jugendlichen Wirklicher haben sich von Jahr durch eine absolute Prüfungsbefreiung unzulänglich ausgezeichnet. Ein bis zur Möglichkeit ausgearbeiteter Plan, der die vorzeitigen Aussfälle und Verschiebungen jener Genossen einen äußerst ungünstigen Einbruch nach außen, die sich gern als Chemnitzer Richtung bezeichnen lassen, wozu aber bemüht werden muß, daß nichts falsch ist, als von einer Richtung zu sprechen, denn die zum Teil noch recht jugendlichen Wirklicher haben sich von Jahr durch eine absolute Prüfungsbefreiung unzulänglich ausgezeichnet. Ein bis zur Möglichkeit ausgearbeiteter Plan, der die vorzeitigen Aussfälle und Verschiebungen jener Genossen einen äußerst ungünstigen Einbruch nach außen, die sich gern als Chemnitzer Richtung bezeichnen lassen, wozu aber bemüht werden muß, daß nichts falsch ist, als von einer Richtung zu sprechen, denn die zum Teil noch recht jugendlichen Wirklicher haben sich von Jahr durch eine absolute Prüfungsbefreiung unzulänglich ausgezeichnet. Ein bis zur Möglichkeit ausgearbeiteter Plan, der die vorzeitigen Aussfälle und Verschiebungen jener Genossen einen äußerst ungünstigen Einbruch nach außen, die sich gern als Chemnitzer Richtung bezeichnen lassen, wozu aber bemüht werden muß, daß nichts falsch ist, als von einer Richtung zu sprechen, denn die zum Teil noch recht jugendlichen Wirklicher haben sich von Jahr durch eine absolute Prüfungsbefreiung unzulänglich ausgezeichnet. Ein bis zur Möglichkeit ausgearbeiteter Plan, der die vorzeitigen Aussfälle und Verschiebungen jener Genossen einen äußerst ungünstigen Einbruch nach außen, die sich gern als Chemnitzer Richtung bezeichnen lassen, wozu aber bemüht werden muß, daß nichts falsch ist, als von einer Richtung zu sprechen, denn die zum Teil noch recht jugendlichen Wirklicher haben sich von Jahr durch eine absolute Prüfungsbefreiung unzulänglich ausgezeichnet. Ein bis zur Möglichkeit ausgearbeiteter Plan, der die vorzeitigen Aussfälle und Verschiebungen jener Genossen einen äußerst ungünstigen Einbruch nach außen, die sich gern als Chemnitzer Richtung bezeichnen lassen, wozu aber bemüht werden muß, daß nichts falsch ist, als von einer Richtung zu sprechen, denn die zum Teil noch recht jugendlichen Wirklicher haben sich von Jahr durch eine absolute Prüfungsbefreiung unzulänglich ausgezeichnet. Ein bis zur Möglichkeit ausgearbeiteter Plan, der die vorzeitigen Aussfälle und Verschiebungen jener Genossen einen äußerst ungünstigen Einbruch nach außen, die sich gern als Chemnitzer Richtung bezeichnen lassen, wozu aber bemüht werden muß, daß nichts falsch ist, als von einer Richtung zu sprechen, denn die zum Teil noch recht jugendlichen Wirklicher haben sich von Jahr durch eine absolute Prüfungsbefreiung unzulänglich ausgezeichnet. Ein bis zur Möglichkeit ausgearbeiteter Plan, der die vorzeitigen Aussfälle und Verschiebungen jener Genossen einen äußerst ungünstigen Einbruch nach außen, die sich gern als Chemnitzer Richtung bezeichnen lassen, wozu aber bemüht werden muß, daß nichts falsch ist, als von einer Richtung zu sprechen, denn die zum Teil noch recht jugendlichen Wirklicher haben sich von Jahr durch eine absolute Prüfungsbefreiung unzulänglich ausgezeichnet. Ein bis zur Möglichkeit ausgearbeiteter Plan, der die vorzeitigen Aussfälle und Verschiebungen jener Genossen einen äußerst ungünstigen Einbruch nach außen, die sich gern als Chemnitzer Richtung bezeichnen lassen, wozu aber bemüht werden muß, daß nichts falsch ist, als von einer Richtung zu sprechen, denn die zum Teil noch recht jugendlichen Wirklicher haben sich von Jahr durch eine absolute Prüfungsbefreiung unzulänglich ausgezeichnet. Ein bis zur Möglichkeit ausgearbeiteter Plan, der die vorzeitigen Aussfälle und Verschiebungen jener Genossen einen äußerst ungünstigen Einbruch nach außen, die sich gern als Chemnitzer Richtung bezeichnen lassen, wozu aber bemüht werden muß, daß nichts falsch ist, als von einer Richtung zu sprechen, denn die zum Teil noch recht jugendlichen Wirklicher haben sich von Jahr durch eine absolute Prüfungsbefreiung unzulänglich ausgezeichnet. Ein bis zur Möglichkeit ausgearbeiteter Plan, der die vorzeitigen Aussfälle und Verschiebungen jener Genossen einen äußerst ungünstigen Einbruch nach außen, die sich gern als Chemnitzer Richtung bezeichnen lassen, wozu aber bemüht werden muß, daß nichts falsch ist, als von einer Richtung zu sprechen, denn die zum Teil noch recht jugendlichen Wirklicher haben sich von Jahr durch eine absolute Prüfungsbefreiung unzulänglich ausgezeichnet. Ein bis zur Möglichkeit ausgearbeiteter Plan, der die vorzeitigen Aussfälle und Verschiebungen jener Genossen einen äußerst ungünstigen Einbruch nach außen, die sich gern als Chemnitzer Richtung bezeichnen lassen, wozu aber bemüht werden muß, daß nichts falsch ist, als von einer Richtung zu sprechen, denn die zum Teil noch recht jugendlichen Wirklicher haben sich von Jahr

stellten wurden 80 bis 90% Erhöhung der Belegschaft. Die Wahrnehmungen wurden wiederum gemacht. Da noch Berichte aus der Provinz abgewartet werden, sollte die Wiederaufnahme der Arbeit erst am heutigen Mittwoch erfolgen.

Ausschau.

Blutige Zusammenstöße in Belgrad. In Belgrad und Novi Sad ist es nach Berichten des "Diego" zu blutigen Straßenkämpfen gekommen. In Belgrad wurde eine kommunistische Volksversammlung, die den Generalstreik verhindern wollte, durch die Polizei angegriffen. Ein Getöteter hatte auf die Menschen geschossen, worauf diese losliefen wollten. Bei der Verteidigung des Kreislers durch die Polizei wurden 18 Personen getötet und 70 verletzt. In Belgrad schossen die Kroaten mit Maschinengewehren auf die Demonstranten. Besonders blutig war der Kampf vor dem Hotel Moskau. Es gab dort 100 Tote. Der Generalstreik hat ein Ende genommen. Gänzliche Streikleistungen wurden verhängt.

Frankreich.

Volksschlacht in Frankreich. Die Erhöhung der Volksgesetze ist ein Nebel, das nicht nur uns, sondern auch andere Länder, wie England und Frankreich, überdeckt. Der 10 Centimes-Brief in Frankreich ist bereit im vergangenen Jahr dem für 15 Centimes weichen müssen. Heute ist man zu einer Erhöhung des inländischen Taxis auf 25 Cts. gekommen, einer Volksgesetz, wie sie Frankreich nur nach der Niederlage von 1870 gehabt hat. Wie bei uns, so erheben auch in Frankreich Kaufmannswelt, Presse und alle Beteiligten die schweren Bedenken, ohne daß ihnen das bei dem Misserfolg der Postverwaltung viel nützen wird. Dabei bleiben die alten internationales Abmachungen immer noch bestehen, jedoch ein Brief, den man von einer Straße in Paris nach der anderen schickt, ebensoviel kostet, wie ein Schreiben, das von Paris nach New York geht. Der Preis der gewöhnlichen Telegramme ist verbraucht worden: das Wort kostet nun statt 5 Cts. 15 Cts., und der alte Minimalsatz ist von 50 Cts. auf 1,20 Frs. erhöht worden. Aber wenn man wenigstens noch auf diese gewöhnliche Weise telegraphieren könnte! Die Pariser Blätter befürchten sich darüber, daß das "Rückdringende" Telegramm eigentlich überhaupt keinen Zweck mehr hat. Wenn man will, daß eine Nachricht baldmöglichst die Schnelligkeit erreicht, die man früher mit dem Begriff des Telegraphen verband, so muß man sich schon an einem "dringenden" Telegramm entschließen. Bei dem das Wort kostet der früheren 50 Cts. jetzt 75 Cts. kostet. Über das Schicksal des nicht dringenden Telegramms teilte ein Abgeordneter mit, daß er durch die Befragung von Telegraphendiensten festgestellt habe, diese Telegramme würden in sehr vielen Fällen nicht mit dem Druck, sondern mit dem Zug oder mit dem Dampfer befördert, hätten also vor einem Brief nur wenig voraus. Auf diese Mitteilung hin erließ die französische Abgeordnetenkammer eine gebrauchte Erklärung, daß in dieser Hinsicht "etwas geschehen" müsse. Trotzdem telegraphiert jeder, der will, weiter dringend, und die Post ist damit augenscheinlich ganz einverstanden, denn sie erhält boburz größere Gebühren. Doch selbst über die Verbesserung der dringenden Telegramme klagen die Kaufleute, die gern noch viel höhere Gebühren zahlen würden, wenn sie nur erreichen könnten, daß ihre Telegramme nach Argentinien oder Brasilien in 24 Stunden hinkommen und bezahlt werden. Der Preis für Nachporto ist in Paris verdoppelt worden und beträgt jetzt 60 Cts. Aber am Sonntag kann man keine Briefe, und überhaupt ist am Sonntag mit der Pariser Post nicht gut Dienst zu tun. Es ist nur ein einziger Postamt, das am Sonnabend offen ist, in ganz Paris offen, und die Kaufleute, die sich in langen Reihen drängen, müssen endlos warten, bis sie abgefertigt werden.

Spanien.

Die Karabiner in Spanien. Nach einer Kundgebung aus Saragossa hat die dortige Polizei einen aus Vertretern der Gemeindewohlfahrt eingesetzten roten Aufsichtsausschuss und 50 Personen verhaftet. Die Gewerkschaften der Maurer und Metallarbeiter haben daraufhin den Generalstreik angekündigt.

Chile.

Aufkauf englischer Kriegsschiffe. Chile hat ein Angebot Großbritanniens angenommen und erhält einen Dreahundert, drei Torpedoschiffe von 1800 Tonnen und ein Transportschiff für die chilenische Marine.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 28. April 1920.

Zur Erklärung der Alliierten.

X Paris. Die "Daily Mail" meldet aus San Remo: Die Konferenz hat entschieden, daß die französischen Truppen so lange Frankfurt besetzt halten, bis Deutschland die Entwaffnungsbestimmungen ausgeführt und die 12 000 Geschütze abgeliefert hat, die es entgegen dem Friedensvertrag noch besitzt.

Nach einer Meldung des "Newspaper Herald" hat der Oberste Rat gestern beschlossen, der deutschen Regierung alle

nötigen Beweise für die Abschaffung der Beschuldigten zu übermitteln.

Der "Populaire" bestreitet die Einladung des deutschen Reichstags zu seinem 25. Mai nach Eva als Beginn der Revision des Friedensvertrages.

Kongress. Der "Meine Konstant" schreibt, die Stellung der deutschen Regierung gegenüber dem eigenen Volke sei durch das bindende Versprechen der Alliierten, sein deutsches Gebiet anzuzeigen zu wollen, bedeutend gestärkt worden.

Amsterdam. Das Blatt der sozialdemokratischen Arbeiterpartei "Het Volk" steht in der stärksten Kündigung der Alliierten einen Beweis dafür, daß die jng. gemäßigte Richtung in San Remo die Oberhand erhalten haben und daß der Antrag der Note die Auffassung von England und Italien widerlegt.

Einschärfen. Ein angeblicher Kriegsplan gegen Frankreich.

Berlin. Der "Tempo" vom 25. April bringt offensichtlich erkundene Nachrichten über die Entwicklung eines neuen Frankreich gerichteten deutschen Kriegsplans. Von autoritäter Seite wird hieraus mitgeteilt: Die Sensationen des "Tempo" beruhen auf einer höchstwahrscheinlichen Ausdeutung gänzlich harmloser Bunde. Als die Franzosen in Hanau eintraten, war dort nur Sicherheitspolizei anwesend. Die Franzosen behandelten die Polizeimannschaften aber dennoch als Militär. In Frankfurt, Düsseldorf und Hanau lagen insgesamt etwa 1100 Mann Sicherheitspolizei, und das sich Frankreich durch diese Armee bedroht fühlt, ist wohl kaum anzunehmen; was die annehmbaren Operationspläne anbetrifft, so handelt es sich, wenn überhaupt etwas Derartiges gefunden werden soll, in jedenfalls um eine Manöveraufgabe aus der Zeit vor dem Kriege, die im Koffer eines ehemaligen Offiziers gelegen haben mag.

Austritt des Ministers Bell.

Berlin. Nachdem die Vereinfachung der Eisenbahnen von der Nationalversammlung verabschiedet worden ist, hat Minister Bell seine Aufgabe als erledigt angesehen und dem Reichspräsidenten sein Ablösungsgesuch eingereicht. Gemäß der bei der Bildung des Kabinetts getroffenen Abrede übernimmt der Schatzminister Bauer das Reichsverkehrsministerium. Die Übernahme erfolgt auf Wunsch aller drei die Regierung bildenden Parteien. Das Reichsicherheitministerium wird vor den Wahlen nicht mehr bestehen. Bauer hat sich bereit erklärt, das Amt kommissarisch zu verwalten.

Die südlichen Volkskammerwahl.

X Dresden. Der Volkskammer ist ein Antrag zugegangen, die südlichen Volkskammerwahlen mit den Reichstagswahlen am 6. Juni vorzunehmen.

Spartakistische Unruhen im Südburggebiet.

X Berlin. Wie aus Oberlin gemeldet wird, sind dort seit einigen Tagen lebhafte Elemente, die von der revolutionären Arbeiterklasse abgedrängt werden, an der Arbeit, einen Punkt zu intensivieren und die öffentliche Gewalt an sich zu reißen. Es handelt sich um einen wohlorganisierten Plan nach dem Muster des Münchener Hauptmanns Holtz, möglicher Plünderungen und Erschütterungen die Hauptrolle spielen sollen. In Remscheid hat man eine gleiche Ansicht bereits vereiteln können. Die Einwohner von Oberlin waren gestern Zeuge einer Versammlung solcher Geiseln, die zur Vorbereitung eines Aufstands in gedachter Art aus Oberfeld gekommen waren. Die Stadtvorwaltung hatte indessen Abwehrmaßnahmen getroffen. Die Angelegenheit wird natürlich sofort im Auge behalten werden; die Reichsregierung ist vor den Dingen bereits in Kenntnis gesetzt worden.

Geburten in Österreich.

X Amsterdam. Den Blättern zufolge sind die beiden Sekretäre des internationalen Gewerkschaftsverbandes Stimmen und Urtheile zu Verhandlungen mit Gewerkschaftsführern nach Berlin abgereist. Die Abgeordneten der englischen Arbeiterorganisation sind, wie aus London gemeldet wird, gestern nach Kiel und Flensburg abgereist. Sie reden 6 Wochen zu bleiben und außer Petersburg und Moskau auch andere russische Städte zu besuchen.

Geburten in Wien.

X Wien. Wegen Fällung des österreichischen Stempels auf 1000- und 10000-Kronen-Noten wurden gestern 7 Personen verhaftet, darunter ein Steindruckergehilfe der österreichisch-ungarischen Post.

Frankreichs Staatsfinanzen.

X Genf. Die Blätter melden übereinstimmend aus San Remo, die Mindestsumme, die von Deutschland verlangt werde, werde 90 Milliarden deutsche Mark betragen, die in 20 Jahren von 8 Milliarden abzuzahlen seien. Die Höhe der Belastung könne jedoch je nach der wirtschaftlichen Lage Deutschlands abgeändert werden. England habe 50 Milliarden vorgeschlagen, aber Willkür und Wollte nicht nachgeben. Der Gedanke, daß die Staatsmänner der Entente mit dem deutschen Reichsführer an einem Tische verhandeln werden, ist der französischen Meinung sehr lästig, und man sucht

ihnen zu ersparen. Begann er mit einer Stimme, der man antwortete, wie unbehaglich ihm der Gegenstand war. „Seien Sie sich doch bitte noch einen Augenblick zu mir.“

Der Kapitän ließ seine schwere Gestalt wieder in den breiten Sessel sinken.

„Noch ein Weilchen zögerte Herr Kupper; es wurde ihm schwer, den richtigen Anfang zu finden. Aber dann begann er und erzählte, wie ihm seinezeit Georgs Beziehungen zu Yomi zur Kenntnis gekommen seien und daß diese Beziehungen, wie er erst heute erfahren habe, noch immer bestünden.

„Wenn ich Ihnen hier das alles sage, so soll Ihnen das ein Beweis sein, wie mir daran gelegen ist, Ihnen Kummer und Angst zu ersparen, denn —“ und nun stieß er wieder. Wie sollte er es dem treubewahren Mann nur sagen, ohne ihn zu verletzen? — Kupper gab sich einen Ruck: „Vorhin Sie und ich wie Männer miteinander reden: Mein Sohn hatte die Absicht, um Ihre Tochter zu werben und hat sie auch — doch darf ich wohl annehmen — so respektiert, wie eine Dame, die man zu seiner Frau machen will. Aber leider kann ich nun meine Zustimmung zu dieser Eheschließung nicht geben, da —“

Wieder wollte es Kupper schwer fassen, die richtigen Worte zu finden. Aber da kam ihm ein rettender Gedanke: Er würde den Geldpunkt vorschreiben: das war plausibel.

— da mein Sohn, wie das Kleidergeschäft heute einmal liegt, eine reiche Frau herzögen muß. Wenn Sie und ich doch nun auch verstehen und einschauen, so ist damit noch nicht gesagt, daß sich auch die jungen Leute dieser Einsicht ohne weiteres fügen werden. Ob Sie sich nun zu treffen vorsiegen — wo und wie oft —, das alles weiß ich nicht. Man kann Ihnen auch nicht auf Schrift und Tritt nachfragen. Das wäre ebenso un durchführbar wie geschmaclos. Und deshalb, denke ich, ist es besser — verstehen Sie mich recht, Holten, wir sind ja auch jung gewesen — man kann nicht wissen, ob sich die jungen Menschen nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen, die Ihnen, lieber Kapitän, nur Kummer bringen könnten. Na also: Ich meine, es wäre vielleicht ratsiger, wenn Sie Ihre Tochter, seit sie in Hamburg zu lassen, nach Bremen oder nach Bremen in Pension geben.“

Bisher hatte der Kapitän ruhig zugehört. Keine Miene hatte verraten, ob ihm das, was ihm Kupper da mitteilte, bereits bekannt war, oder was er bei dessen Worten empfand. Nur räusperte er sich ein paarmal, und dann sagte er ruhig und bedächtig: „Das Sie mit mir so offen reden, Herr Kupper, das ist sehr schön von Ihnen, und Sie brauchen auch nicht zu schämen, daß ich — nun, ich will sagen — ich bin ganz

nach Russland. Der „Matin“ erklärt, daß die Sache so verlaufen müsse wie in Berlin. Die verbliebenen Politiker müssten alles vorher untereinander schließen, und die Deutschen dürften nur über die Art der Ausführung das Wort ergreifen.

Die politische Lage in Dänemark.

X Copenhagen. Der König wird in Übereinstimmung mit dem gegenwärtigen Ministerium mit den Parteiführern in Verbindung treten zur feierlichen Bildung eines parlamentarischen Ministeriums.

X Copenhagen. Zum Anfang der Wahlen sagt Socialdemokrat: Wahrscheinlich wird die Linke mit den Konservativen zusammen mit den Liberalen zusammen treten und die sozialdemokratische Partei „Det Folk“ steht in der stärksten Stellung in der norddeutschsprachigen Frage haben, angehoben vieler zu weit gehender Forderungen. „Nördlingen“ das Organ der Linksparteien, nennt die Antwort des Volkes ein nicht zu verlassendes Urteil über die verträliche Politik, die das Ministerium Bahlé gegenüber den Dänen votiert in der zweiten holsteinischen Zone habe durchdrungen.

Hierdurch zur allgemeinen Kenntnis, daß auf der Bahn zwischen Kalbogen, dem Brennerkreis und Schleswig am alten Mitternacht Görlitz

Fußgängern liegen.

Der Vächter. Wendt.

Eine Dame mußt ist verloren gegangen. Bitte einen Polizeibeamten abzugeben. Eichstraße Nr. 6, b. Kubas.

Dienstmädchen.

16–18 Jahr, zum 15. Mai oder 1. Juni gefüchtet. Rentweide, Hauptstraße 10.

Tüchtiges Dienstmädchen.

16–18 Jahr, zum 15. Mai oder 1. Juni gefüchtet. Rentweide, Hauptstraße 10.

Junges, fröhliches Dienstmädchen.

mögl. vom Lande, bei böhm. Lohn gefüchtet. M. Körber, Gärtnerei, Feldstraße 2.

Dienstmädchen.

16–18 Jahr, zum 15. Mai oder 1. Juni gefüchtet. Rentweide, Hauptstraße 10.

Jugendliches Dienstmädchen.

f. Mitternacht nach Thüringen gefüchtet.

Offeren unter G P Wohl.

an das Tageblatt Niels.

Lehrmädchen.

für Damenschneiderei gefüchtet. Bei erste. im Tagebl. Niels.

Lehrmädchen.

für Damenschneiderei gefüchtet. Bei erste. im Tagebl. Niels.

Lehrmädchen.

für Damenschneiderei gefüchtet. Bei erste. im Tagebl. Niels.

Lehrmädchen.

für Damenschneiderei gefüchtet. Bei erste. im Tagebl. Niels.

Lehrmädchen.

für Damenschneiderei gefüchtet. Bei erste. im Tagebl. Niels.

Lehrmädchen.

für Damenschneiderei gefüchtet. Bei erste. im Tagebl. Niels.

Lehrmädchen.

für Damenschneiderei gefüchtet. Bei erste. im Tagebl. Niels.

Lehrmädchen.

für Damenschneiderei gefüchtet. Bei erste. im Tagebl. Niels.

Lehrmädchen.

für Damenschneiderei gefüchtet. Bei erste. im Tagebl. Niels.

Lehrmädchen.

für Damenschneiderei gefüchtet. Bei erste. im Tagebl. Niels.

Lehrmädchen.

für Damenschneiderei gefüchtet. Bei erste. im Tagebl. Niels.

Lehrmädchen.

für Damenschneiderei gefüchtet. Bei erste. im Tagebl. Niels.

Lehrmädchen.

für Damenschneiderei gefüchtet. Bei erste. im Tagebl. Niels.

Lehrmädchen.

für Damenschneiderei gefüchtet. Bei erste. im Tagebl. Niels.

Lehrmädchen.

für Damenschneiderei gefüchtet. Bei erste. im Tagebl. Niels.

Lehrmädchen.

für Damenschneiderei gefüchtet. Bei erste. im Tagebl. Niels.

Lehrmädchen.

für Damenschneiderei gefüchtet. Bei erste. im Tagebl. Niels.

Lehrmädchen.

für Damenschneiderei gefüchtet. Bei erste. im Tagebl. Niels.

Lehrmädchen.

für Damenschneiderei gefüchtet. Bei erste. im Tagebl. Niels.

Lehrmädchen.

für Damenschneiderei gefü

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Vereinsnachrichten

Gewerbeverein. Donnerstag, den 29. d. M., abends 8 Uhr Versammlung im Bettiner Hof. Tagesordnung: Einzugsbericht, Beischlussfassung über weitere Veranstaltungen, Aufnahmen, Verschiedenes. Um zehn. Besuch wird geb. Besitz Riesa des Deutschen Radfahrerbundes. Sonntag, den 2. Mai, nachm. 12 Uhr Abfahrt von Dampfbadschiff zur Fahrt nach Sebnitz-Diebsau. Spielvereinigung Riesa-Gröba. Freitag 18 Uhr Versammlung im Rest. "Gute Quelle". Alle Männer, voll erfr. Gesellschaft Sidelitas. Morgen 8 Uhr Vorstandssitzung.

Einheitsverband der Kriegsheschädigten

Ortsgruppe Riesa und Umgegend

Abeitung A und B.

Donnerstag, den 29. April 1920, abends 8 Uhr im Volkshaus Riesa

aufserordentliche Vollversammlung.

Betr. Belieferung mit Stoffen.

Zahlreiches Erscheinen erforderlich.

Der Gesamtvorstand.

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Ortsortell Riesa.

Öffentliche Versammlung

Freitag, den 30. April 1920, abends 18 Uhr im "Volkshaus" zu Riesa.

Kollege Geiser, Dresden, spricht über:

Wege u. Ziele der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten-Verbände.

Nach dem Vortrag freie Aussprache.

Betriebs- und Angestellten-Räte, Werkmeister, Techniker, Kaufm. Angestellte in Industrie, Groß- und Kleinhandel, Staats- und Gemeinde-Angestellte erscheint vollauflich. Ihre eigenen Interessen fordern es. Der Vorstand.

Schwimm-Club "Otter" von 1908, Riesa.

Mittwoch, den 5. Mai 1920, abends 18 Uhr

Jahres-Hauptversammlung

im Clublokal Hotel "Stadt Dresden".

1. Eingänge, 2. Anmeldungen, 3. Jahresberichte,
4. Abstimmung, 5. Neuwahlen, 6. Sternlauf betr.
7. Clubangelegenheiten.

Anträge zur Hauptversammlung sind bis spätestens Sonnabend, 1. Mai 20, schriftlich beim Vorstand einzureichen. Um zahlreiches Erscheinen bitten der Vorstand.

NB. Unentshuldigtes Fehlen wird nach § 19 der Satzungen bestraft.

Zentralverb. d. Land-, Forst- u. Weinbergsarb. Deutschl.

Ortsgruppe Präsident

hält am 2. Mai d. J. im Gasthof Brautz sein 1. Beratungs, verbunden mit Ball und Verlosung, ab. Kollegen und Kolleginnen der Nachbarorte sind dazu herzlich eingeladen. Mitglieder Mitgliedskarte vorlegen.

Einsatz 17 Uhr, Anfang 7 Uhr. Der Vorstand.

Hotel Höpfner, Riesa.

Donnerstag, d. 29. April, Anfang 18 Uhr vor Eintritt der Gastronomie nach Holland und der Schweiz:

grosser Volkstümlicher Abschieds-Demonstrationsabend

cand. med.

Bert Astron

mit Edith van Leeuwen.

Aus allen Ländern vorgeführten Gedichten das Verblüffendste, Ueberraschendste!

Neue Schauspieler - Neue Parktänzer!

Neu! Aufklärung über die Ge-

zi. Operette und Singspiel u. bei öffentlichen Vorführungen sowie über

deren Anwendung und Heilungsmöglichkeiten.

Eintritt zu Mr. 4,-, 3,-, 2.50, 2,-, 1.50 bei Abendbrot und im Sägereiengeschäft Wittig, an der Abendstraße 50. Bis. Erhöhung per Karte.

Herrin der Welt

Donnerstag, den 30. April, unübersehbar letzter Tag:

"Kampf um die Ehe", II. Teil: Feindliche Gatten. Zwei Vorstellungen.

Wegen Wiederholung wird gebeten, die 1.6 Uhr-Vorstellung zu belassen.

Freitag, den 30. April bis Montag, den 3. Mai (Vorzugskarten ausgeschlossen). II. Teil

Die Geschichte der Maud Gregaards.

Um gütigen Aufmarsch bittet die Verlegerin Anna Bach.

Für die uns anlässlich unserer goldenen Hochzeit aufwärts gewordenen zahlreichen Ehrenmenschen von nah und fern sagen wir allen unseren

herzlichen und aufwirtschaftlichen Dank! Insbesondere auch Dank Herrn Pastor Müller für seine herzlichen Worte und Herren Lehrer Günther nebst Kindern für den erfreulichen Gesang.

Blochwitz, am 25. 4. 1920.

Wilhelm Claus und Frau.

Für die uns zu unserer Hochzeit dargebrachten Glückwünsche und erwiesenen Aufmerksamkeiten danken wir zugleich im Namen unserer Eltern herzlichst.

Seithain, am 28. April 1920.
Willy Unger u. Frau Ella geb. Petzold.

Für die uns anlässlich unserer Hochzeit dargebrachten Glückwünsche und schönen Geschenke danken wir, auch im Namen unserer lieben Eltern, herzlichst.

Nünchritz, den 28. April 1920.
Hans Weier u. Frau Anna geb. Schneider.

Selma Vogel
Walter Reichert
grüßen als Verlobte
Röderau Neugröba-Kolonie
am 25. April 1920.

Die glückliche Geburt eines
kräftigen Jungen –
zeigen in großer Freude an
Lehrer Gerhard Günther u. Frau
Lothe geb. Möbius.
Riesa, am 27. April 1920.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme, sowie die reichen Blumenpäckchen und ehrendes Geleit zur letzten Ruhestätte beim Beimgang unseres viel zu früh entstiegenen lieben, herzensguten Sohnes und Bruders

Kurt Schnelle

lägen wir allen Verwandten, Bekannten, Hausbewohnern und Nachbarn, besonders Herrn Oberlehrer Böhme und lieben Mitschülern, sowie für die frosttreichen Worte am Grabe unsern innigsten Dank. – Dir aber, lieber Kurt, rufen wir ein "Ruhe sanft" in die Ewigkeit nach.

Riesa, den 27. April 1920.
Die liebestränenenden Eltern und Geschwister.

Nach kurzem schweren Krankenlager verstarb am Sonntag früh mein liebster

Herr Emil Barthel

aus Riesa.

Ich verlieren in ihm einen treuen, durch großen Fleiß und Tüchtigkeit sich auszeichnenden Mitarbeiter. Ich werde ihm stets ein ehrliches Andenken auch über das Grab hinaus bewahren.

Richard Paufler
Landwirtsh. Maschinen und Geräte
Großröhrsdorf i. Sa.

Nachruf!

Nach kurzen, schweren Leidern entritt der unerbittliche Tod aus unserer Mitte unsere liebe Jugendfreundin

Hulda Kühne.

In ihr verlieren wir eine treue Freundin, deren Andenken wir stets in Ehren halten werden.

**Gewidmet von der Jugend
zu Bobersen und Losen.**

In der Blüte deiner Kraft
hat dich der Tod hinweg getroffen.
Schlafl wohl, du liebes Freundin-Herr;
du hast den Frieden, wie den Schmerz,

frische Seefische.

Clemens Bürger, Riesa,
Otto Planer, Röderau,
Ernst Weier, Boppitz.

Lachsgeringe

wieder eingetroffen.

Germann Möller,

Schulstr. 3.

Seefische

heute frisch eingetroffen, empf.
Carl Jigner, Gröba.

Holl. Süßrahm-Margarine,

sowie ausl. Schweine-Schmalz

empfiehlt

G. Gruhle,

Bismarckstr. 85a, Telefon 261.

Rosshaar

kauf zu höchsten Tagespreisen
Fa. Otto Striegler

Riesa, Hauptstraße 56.

Doms Tanz-Kursus

Frühjahr 1920.

Donnerstag 7 Uhr Versammlung im Hotel Kronprinz. Alleitiges Eröffnen der Damen dringend erwünscht. (Gebund: Revanchekränchen)

Die heutige Nr. umfasst

6 Seiten

Beilage zum „Riesener Tageblatt“.

Redaktion und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsräume: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnel, Riesa; für Umgeleitete: Wilhelm Wittich, Riesa.

Nr. 97.

Mittwoch, 28. April 1920, abends.

73. Jahrg.

Die Kohlenforderungen der Entente.

In der über die Konferenz von San Remo veröffentlichten Erklärung der Alliierten wird der deutsche Regierung wieder zum Vorwurf gemacht, daß sie die Verpflichtungen des Friedensvertrages in bezug auf die Kohlenlieferungen nicht erfüllt habe. Die deutsche Regierung hat von vornherein erklärt, daß sie die Bedingungen des Friedensvertrages voll zu erfüllen bereit sei, soweit dieselben überhaupt erfüllbar seien. Aber zweifellos die verlangten Kohlenlieferungen, bei deren Feststellung die Kohlenproduktion des wirtschaftlichen Jahres 1918 zugrunde gelegt wurde. Inzwischen ist Deutschland durch einen fünfjährigen Krieg und eine produktionsstörrende Revolution hindurcharbeitet. Die Produktion und die sozialpolitische Funktion haben die Produktionskraft des deutschen Arbeiters auf schwerste beeinträchtigt. Im Jahre 1918 hatte Deutschland eine Eigenproduktion von 100 Millionen Tonnen Steinkohlen. Daraus sind 17 Millionen Tonnen durch die Abreise Elias-Wachtingens und die Bezugnahme der Saargruben verloren gegangen. Deutschland selbst braucht für die Aufrechterhaltung seiner Produktion mindestens jährlich 134 Millionen Tonnen. Es ist aber weiter unbedingt darauf angewiesen, die für die Erhaltung seiner Bevölkerung unentbehrlichen Lebensmittel sich von Holland, der Tschecho-Slowakei und der Schweiz durch die Kohlenlieferungen zu erhalten. Hierzu kommt, daß ein Teil der überschüssigen Kohle durch die Maßnahmen der Beschaffungsbehörden Deutschland verloren geht. Selbst wenn Deutschland also noch dieselbe Kohlenproduktion wie 1918 zu erzielen vermöchte, wäre es unmöglich, die geforderten 185 Millionen Tonnen voll an die Entente zu liefern. Über infolge der gesunkenen Arbeitskraft und des vermindernden Arbeitswillens hat Deutschland – abgesehen vom Saargebiet – im Jahre 1919 insgesamt nur noch etwa 10,8 Mill. Tonnen Steinkohlen herverbracht. Das reicht nicht einmal aus, um den eigenen Kohlenbedarf der deutschen Bevölkerung zu decken, geschweige denn um die unentbehrlichen Lebensmittel durch Kohlenlieferungen einzuführen zu können. Würde Deutschland hierzu noch die geforderten 48½ Millionen Tonnen an die Entente liefern, dann würde das deutsche Wirtschaftsleben, Industrie wie Landwirtschaft, Verkehr, Heizung und Beleuchtung unrettbar zusammenbrechen. Selbst der englische Professor Keynes hat die Unmöglichkeit der Erfüllung dieser Forderungen hingenommen. Selbst er schreibt infolge der Übergabeklaide gesunkenen Produktionsfähigkeit des deutschen Bergarbeiters die zu erzielende deutsche Kohlenproduktion auf höchstens 100 Millionen (ohne Überschreiten) ein, während Deutschland selbst 110 Millionen Tonnen für den eigenen Bedarf haben müsse. Für jede Million Tonnen Kohlen, sagt Keynes, die Deutschland auszuführen gewünscht sei, müsse ein ganzer deutscher Industriezweig abgestopft werden. In dem Friedensvertrage von Versailles, auf den sich unsere Freunde bei ihren Kohlenforderungen berufen, steht es aber ausdrücklich: „Bei seiner Entscheidung trügt der Ausschluß den inneren Bedürfnissen Deutschlands sowie Niedersachsen, wie es zur Aufrechterhaltung des sozialen und wirtschaftlichen Lebens Deutschlands notwendig ist.“ Die deutsche Regierung darf also die Voraussetzung, die ihr aus der Nichterfüllung der im Vertrage von Versailles ausserlegten Verpflichtung der Kohlenlieferungen von dem Obersten Rat der Entente gemacht werden, mit vollem Recht unter Bezugnahme auf eben diesen Vertrag zurückweisen.

Die Wahlen in Dänemark.

Bei den allgemeinen Wahlen zur Volkskammer hat die radikale Partei eine schwere Niederlage erlitten. Allein trotzdem die Zahl der Konservativen auf 28 Sitze stieg, können sie die Regierung nicht übernehmen. Sie werden sich mit der Partei der Bauernlinke (18 Sitze) zusammenstellen müssen, was aber innerpolitische Schwierigkeiten hat. So ist die Vae zunächst vorwornen und undurchsichtig, denn Sozialdemokraten (42 Sitze) und Radikale (17 Sitze) vermögen auch keine Mehrheit zu bilden. Auktoriell politisch haben die Wahlen keine Bedeutung mehr, weil die Entscheidung über die Norddeutschlandfrage in Paris schon gefallen ist. Die Altdänen werden auf Flensburg und die zweite Zone verzichten müssen. Da die Partei Zabe eine solche Niederlage erlitt, erklärt sich aus der Unzufriedenheit der Massen über die innerpolitische und wirtschaftliche Entwicklung. Und dabei hat Zabe einen mittleren Kurs zu neuem verfolgt, nicht ohne Gedächtnis, wohin ja die lange Dauer seiner Regierung genutzt. Aber schließlich muß sie die Folgen für Ereignisse tragen, die sie nicht verhindert hat. Das ist eine Erfahrung, die sich in anderen Ländern auch gezeigt hat. Und ich auch wohl überall wiederholen wird.

Nationalversammlung.

Die Feier des 1. Mai von der Nationalversammlung abgelehnt.

Der Notentrat in 3. Lesung angenommen.

wth. Berlin, 27. April.

Präsident Hahnemann eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten. Auf der Tagesordnung stehen kurze Anträge. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Hugo (D. P.) wegen der Riesa-Main-Wasserstraße wird regierungsteilig geantwortet, daß das Reichsverkehrsministerium bereit sei, die Arbeiten dazu unter gewissen Voraussetzungen zu übernehmen. Auf eine Anfrage Teplitz (Deutschland) wegen des Streitkredits der Beamten wird geantwortet, daß die Reichs- und die preußische Regierung darin einige seien, daß ein freifender Beamter ehrlich sei. Die Ausforderung der Regierung im Hause Kapp habe damit nichts zu tun, denn in diesem Falle war der Beamtenkreis aus Verfassungstreue hervorgegangen und verdiente den Dank der Regierung. (Stimme bei der Mehrheit.) Auf Anfrage Teplitz wegen Entnahmen von Eisenbahnbeamten in Schlesien von Ihren Amtmann durch den Reichsstatthalter Röhl auf Betreiben der Gewerkschaften wegen ihrer Nichtbeteiligung am Streik gegen Kapp wird regierungsteilig geantwortet, daß es sich hierbei um eine preußische Angelegenheit handle, da es sich gleichzeitig preußischer Regierungskommissar war. Auf Anfrage Bock (Unabh.) wegen der Fehl der Freiwilligenkorps der Marburger Studenten in Thal bei Ruhla wird geantwortet, daß Anklage erhoben worden ist und die Hauptverhandlung in zwei bis drei Wochen stattfinden wird. Auf Anfrage Bock (Soz.) wegen der Freilieferung von Material für Wohnungsbau wird regierungsteilig geantwortet, daß die Regierung grundsätzlich dazu bereit sei und im kommenden Wohnungsgesetz darauf Bedacht nehmen werde. Auf eine Anfrage des Abg. Zeebe (Soz.) wegen

Auslieferung Kapp

geantwortet Reichsjustizminister Dr. Blaas, der Ausliefe-

Ein Sieg der neuen Politik?

Gleichberechtigung der deutschen Vertreter.

tu. Amsterdam, 28. April.

Nach einer Meldung des „Telegrafo“ aus San Remo erschien George bei einem Empfang italienischer Journalisten, die Alliierten würden bei den bevorstehenden Zusammensetzung in Spa die deutschen Vertreter als gleichberechtigt behandeln. Ein italienischer Diplomat bezeichnete die Konferenz als einen großen Sieg der neuen Politik Mittos.

Besprechungen des deutschen Gesellschafters in Paris mit dem Reichskanzler.

in. Berlin, 28. April.

Der deutsche Gesellschafter in Paris, Dr. Bauer, ist aus Paris über München, wo er sich zwei Tage aufhielt, in Berlin zu Besprechungen mit der Reichsregierung eingetroffen. Gestern hatte er eine lange Konferenz mit dem Reichskanzler Müller und mit dem Außenminister Dr. Müller. Später besuchte er im Reichstag mit dem Reichsinnenminister Dr. Gehriger, dem Minister Bauer und verschiedenen Abgeordneten. Heute wird Dr. Bauer sich mit dem Vertreter des Wiederaufbauamtes und hierzu erneut mit dem Reichskanzler und schließlich mit dem Reichsfinanzminister Dr. Wirth besprechen. Die Abreise nach Paris erfolgte übermorgen.

Die Reichswehr im Ruhrgebiet.

wth. Paris, 28. April.

Der Oberste Rat hat sich gestern mit der Verlängerung des August-Abkommen beschäftigt. Wie „Journal“ mitteilt, werden die französischen und belgischen Truppen den Mainau verlassen, wenn die deutsche Reichswehr im Ruhrgebiet nur noch 20 Bataillone, sechs Schwadronen und zwei Batterien umfassen wird. Bis zum 10. Juni sollen diese Truppen auf die Hälfte herabgesetzt und durch 5000 Mann Volkstruppen ersetzt werden. Der Rest der Truppen soll dann am 10. Juli das Ruhrgebiet räumen und ebenfalls durch 5000 Mann Polizeitruppen ersetzt werden.

Nach Meldungen aus San Remo hat sich der Oberste Rat vor der Schließung der Konferenz mit der Frage der Zerstörung des deutschen Militärmaterials und der Frage der Kriegsabnützung beschäftigt. Es wird jedoch nicht bekanntgegeben, welche Beschlüsse man in diesen beiden Fragen gefestigt hat.

Die gemeinsame Erklärung der Alliierten an Deutschland wird von der Pariser Presse als persönlicher Erfolg Mittos bewertet.

Die Stärke der Reichswehr.

Aus Berlin wird gemeldet: Durch die ausländische Presse gehen zurzeit wieder falsche Angaben über die Stärke des deutschen Heeres. Von amtlicher Stelle wird dazu mitgeteilt: Am 6. Februar betrug die Gesamtstärke der Reichswehr 254 234 Köpfe. Der Stand im März könnte wegen der Unruhen nicht vollständig ermittelt werden. Nach allen vorliegenden Meldungen ist jedoch die Zahl der Reichswehrtruppen andauernd gesunken. Wenn auch zunächst keine endgültigen Ziffern angegeben werden können, so muß nach dem bisher gewonnenen Lebhaftigkeit die Stärke der Reichswehr am 1. Mai auf nicht mehr als 200 000 Mann geschätzt werden. Diese Zahl sollte aber erst Mitte Mai erreicht sein.

Ebensoviel ist es berechtigt, uns vorzuerwerfen, daß wir die Kosten für die Belagung im Rheinland nicht bezahlt hätten. Dafür sind von uns bisher 3 Milliarden ausgegeben worden. Wenn endlich Frankreich uns aus den Kohlenlieferungen einen Strid drehen will, so darf demgegenüber darauf hingewiesen werden, daß die Lieferungen an sich erst am 1. Mai beginnen sollen und daß außerdem die französischen Gegenlieferungen aus Luxemburg, von denen die deutschen Kohlenlieferungen abhängen, bisher überhaupt noch nicht eingefestigt haben.

Wiederaufnahme des Zugverkehrs mit Polen.

Wie die „Boll. Ittg.“ erfährt, ist der Personenzugverkehr mit Polen und durch den polnischen Korridor wieder aufgenommen worden. Der Güterzugverkehr kostet noch, hat aber nur noch nicht in vollem Umfang wieder aufgenommen werden können, weil die Gleise noch verstopt sind. Post, Telegraph und Fernsprechverkehr mit Polen sind wieder aufgenommen.

Wiederaufnahme des Handels mit Russland?

tu. Stockholm, 27. April.

Die „Prehzentrale“ meldet: Die russische Sowjetdelegation hat ein Abkommen unterzeichnet, daß die Grundlage für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Russland und den interalliierten Mächten entwickelt. In Kopenhagen wird eine internationale Abrechnungsstelle als Zentrale für diesen Handelsaustausch errichtet werden.

Die Maßnahmen gegen Putzke.

Wie von zuständiger Stelle in Berlin mitgeteilt wird, ist es bekannt, daß bei Halle Bestrebungen gegen die Sicherheit des Staates im Gange sind. Die getroffenen Maßnahmen zur Bereitung dieser Bestrebungen sind vollständig aufdringlich.

Hierauf wird die 2. Beratung des

Notentrat

fortgesetzt in Verbindung mit dem Auszubüchersteuer über die Propaganda für die Sparprämienanleihe, dem Antrag Henke betr. Zahlungsfälligkeit für die Generalstreitkräfte, dem Antrag Henke betr. Arbeitsruhe am 1. Mai, dem Antrag Kuer betr. Einschaltung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag, Antrag Henke betr. Aufhebung des Ausnahmegesetzes und Vorlegung eines Anschließgesetzes.

Reichsjustizminister Blaas: Die Reichsjustizrichtungsordnung ist im Entwurf fertiggestellt und wird nach Möglichkeit rasch eingeführt werden.

Abg. Dr. Nitsch (Deutsche Sp.): Wir kommen dem Reichsjustizminister mit Vertrauen entgegen. Eine Reform

in Essen ist der Chefredakteur des „Mahr-Echo“, das Organ der II. C. P., Dr. Dahl, gestern vom außerordentlichen Amtsgericht wegen Aufreisung zum Ungehorsam zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und sofort verhaftet worden.

Weiter, haben in Südwürttemberg Urlaubungen und Entlassungen fast aller Landräte stattgefunden.

Das Reichsgericht verwarf die Revision des ehemaligen Reichsritters Otto von Schleicher, der am 21. Februar vom Schwurgericht beim Landgericht I Berlin wegen schwerer Körperverletzung, begangen durch einen am 25. Februar vor dem Staatsgerichtsgebäude auf den damaligen Reichsfinanzminister Erzberger abgebrühten Philonenkuk, zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt worden war.

Die Weiseier.

Die Nationalversammlung hat die Feier des 1. Mai abgelehnt. In der gestrigen Sitzung der Preußischen Landesversammlung wurden die Anträge der Sozialdemokraten auf Erklärung des 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag in Preußen und der Unabhängigen auf Errichtung eines allgemeinen Volksfestes am 1. Mai mit 188 Bürgerlichen gegen 126 sozialdemokratische Stimmen abgeschlagen. — Der lippe Landtag nahm ein Gesetz an, nach dem fortan der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag zu gelten hat. Für das Gesetz stimmen die Sozialdemokratischen Mehrheit, dagegen die Demokraten und Deutschnationalen. — Ähnlich wird in Baden darauf hingewiesen, daß durch eine Verordnung des badischen Staatsministeriums vom April 1919 der 1. Mai in Baden dauernd in die Reihe der allgemeinen Feiertage aufgenommen worden ist. Es bleiben somit auch am 1. Mai d. J. die Räume sämtlicher Behörden und die Schulen geschlossen.

Der Reichsjustizminister hat entschieden, daß das von seinem Ministerium abhängende Personal von jetzt ab den 1. Mai zu feiern hat. — In der Bekanntmachung des Zugangs ausdrücklich der staatlichen Bergbausarbeiter wurde beschlossen, daß alle Grubenarbeiter Schottlands am 1. Mai feiern und eine Kundgebung zur Errichtung einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit veranstaltet werden. — Die französische Gewerkschaft der Bergarbeiter hat beschlossen, am 1. Mai in den Auskosten zu treten, wenn bis dahin Kämmerei und Senat den Arbeitern der Schieferbergwerke nicht die gleichen Rechte wie den Bergarbeiter zugewandt haben würden.

In der vorgestrigen Sitzung der französischen Kammer teilte der Justizminister mit, daß gegen den sozialistischen Abgeordneten Baillant-Couturier wegen eines im „Populär“ erschienenen Artikels, der die Soldaten zum Ungehorsam erforderte, Strafantrag gestellt werden soll. — Gleich erklärt in der „Humanité“, die Sozialisten würden sich mit Baillant-Couturier solidarisch erklären.

Der Lohntarif der Eisenbahner.

Am Sitzungssaal des Potsdamer Bahnhofes fand gestern eine Verhandlung zwischen Vertretern des Reichsverkehrsministeriums und den großen Arbeiterorganisationen der demokratischen Reichseisenbahnenverwaltung über die Grundlagen eines Lohntarifvertrages für das gesamte Reichseisenbahngebiet statt. Der Reichsverkehrsminister Bell wies die Notwendigkeit nach, daß Lohnverhältnis der Arbeiter der Reichseisenbahnen nach einheitlichen Gehaltspunkten zu regeln. Namens der Reichsregierung richtete er an die Arbeitervertreter die dringende Bitte, den Forderungen der Zeit gerecht zu werden und sich im Rahmen des Möglichen zu halten, um den Wiederaufbau des Verkehrs- und Wirtschaftslebens zu erleichtern. Die Beratungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Die neuen Postgebühren vom Reichsrat abgelehnt.

Der Reichsrat lehnte gestern die von der Nationalversammlung mit geringer Mehrheit beschlossene Post-Gebührenvorlage wegen des darin aufgenommenen Frankaturzwanges für die Landesbehörden ab.

Der Brotpreis in Berlin.

Der Lebensmittelverband Großberlin beschloß in seiner gestrigen Sitzung, den Preis des 1000 Gramm brotes auf 1,50 Pf. festzusetzen; gegenwärtig kostet das Brot 2,50 Pf.

Das Sinken der Hüntepreeise.

wth. Röln, 27. April.

Bei der gestrigen Hüntepreeise in Düsseldorf gingen nach der Köln. Ittg. die Preise teilweise bis auf ungefähr ein Viertel der bei der Versteigerung am 8. März erzielten Preise zurück.

Starke fallen der Holzpreise in Anhalt.

Die Holzpreise fallen in den anhaltischen Dörfern. Die Oberförsterei Wörlitz hatte für eichenes Braunerholzholz eine Tasse von 400 Pf. für den Raummeter eingesetzt. Der Versteigerungsgerüst ergab für 100 Raummeter 24 200 Pf., so daß der Raummeter nur 217 Pf. erbracht. Um diesen Preissturz in seiner vollen Bedeutung zu würdigen, sei daran erinnert, daß noch vor wenigen Wochen Preise von 800 bis 1000 Pf. für den Raummeter gezahlt wurden.

Ist nur zu erblicken im Landessteuergesetz und in der Reichsabgabenordnung. Einverstanden sind wir mit der möglichen Besteuerung des Besitzes, dem aber genügend Betriebskapital zum Wiederaufbau bleiben muß. Der kleine Betrieb darf aber nicht vernichtet werden. Indirekte Steuern werden auch noch herangeholt werden müssen zur Sanierung der Finanzen. Anteilen zur Deckung des Gedächtnisvertrages ver sprechen keinen Erfolg. Zur Feier am 1. Mai haben wir keine Zeit. Die Betriebskrise kann man nicht mehr zu den produzierenden Kräften rechnen. Nur die Privatwirtschaft kann und retten. Abg. Henke (Unabh.): Uns kann nur der Sozialismus aus dem Chaos führen. Die Ausführungen des Ernährungsministers haben und mit Misstrauen erfüllt. Die Regierung kann des Militarismus nicht Herr werden. Sie kann Österreich nicht entwohnen. Das Widerstand der Entente ist vielfach bereit. Werum sind z. B. die Einwohner noch nicht abgeschafft? Nedner begründet sodann die Anträge seiner Partei.

Reichsjustizminister Blaas: Der Antrag der Unabhängigen auf allgemeine Amnestie geht zu weit. Die folge-

wenigen Rödelführern werden hart gelegt werden. (Schriftentwurf der Unab.)

Abg. Schreier (Bav. Sp.): Die Einwohnerwehr ist notwendig. Unverständlich sind die Anträge einiger Parteien, die dem Reich neue, ungeheure Ausgaben zumuten, z. B. der Antrag Reicher auf Bewilligung von 500 000 Mark für die Universität Frankfurt. Wir lehnen den Maßtertag ab, so lange die Sozialdemokraten die christlichen Heilige abstoßen wollen. Mit den Gedanken des Reichsernährungsministers sind wir im allgemeinen einverstanden.

Reichsverkehrsminister Dr. Bell: Unguitresslich ist die Bemerkung des Abg. Reicher, daß das Reich die Eisenbahnen von den Ländern hätte billiger haben können. Ein minderer Kaufpreis war nach Lage der Dinge, insbesondere bei dem Stande der Salute, nicht möglich. Die Reckarkanalisierung ist ein bedeutamstes und rentables Unternehmen, das die bayerischen Großsiedlungspläne nicht beeinträchtigt. Wenn die bayerische Regierung den Nachweis erbringt, daß die Rhein-Donaupläne ebenso rentabel sind, wie das Reformprojekt, so wird die Reichsregierung sie ebenso wahr unterstützen.

Ein Vertreter Bremens erklärte, daß die Nordseehäfen eine weitere Verschlechterung ihrer Stabilität durch die Konkurrenz von Rotterdam nicht hinnehmen können, im eigenen und im Reichsinteresse. Die Bremer Regierung müsse einen Ausgleich für die mit Sicherheit zu erwartenden Nachträge für den Vertrieb der Nordseehäfen verlangen.

Reichsverteidigungsminister Dr. Bell: Auch dieser Plan wird wohlwollend geprüft werden.

Abg. Handmann (Sp.): Wünschenswert ist eine Umstellung für diejenigen, die nur in der Roten Armee gedient haben, ohne sich etwas weiteres zuschulden kommen zu lassen. Abg. Gilling (Benz.) spricht gegen die Maßter und die anderen Anträge der Unabhängigen. Nach weiteren Ausführungen des Abg. Fleimüller (Sp.): erklärt Reichsverkehrsminister Schleser: Wegen der Zahl unserer Gesellschafter in den Aktiengesellschaften bestehen Meinungsverschiedenheiten mit der Entente, die aber im Guten beigelegt werden dürften. (Schriftentwurf der Frau Sieb.) Die Brigade Ersatzbehörde ist stark im Auge. Ich bin überzeugt, daß die Reichswehrtruppen nicht mehr jedem Agitator zum Opfer fallen werden. (Heft.) Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen schließt die Hauptausstrache. Bei der Einzelberatung wird zum Haushalt des Innern der Antrag Poche-Reicher-Dernburg auf Bewilligung von 500 000 Mark zu einer wissenschaftlichen Abteilung für Volksbildung an der Universität Frankfurt angenommen. Der Rest des Etats wird angenommen, ebenso die Entschließung des Ausschusses zum Bericht über die Sparprämienanleihe. Abgelehnt werden die Anträge Henke, Agnes und Auer betr. die Maßter. Angenommen wird eine Entschließung wegen Unterstützung der aus Eisach-Doßringen verdrängten Reichsdeutschen.

Das Haus tritt hierauf in die 3. Sitzung des Reiters ein. Reichsfinanzminister Brixch legt zu, daß die Regierung die Notlage der Akademie prüfen werde. Abg. Gerner (Unabh.) erklärt, daß seine Partei den Entwurf ablehnen werde. Der Entwurf wird darauf ohne weitere Aussprache in 3. Sitzung gegen die Stimmen der Rechten und der Unabhängigen angenommen. Räufige Sitzung morgen vormittag 11 Uhr: Befolgsgebet u. c. Schluss nach 7½ Uhr.

Aus der Etatrede des Reichsfinanzministers.

Aus der programmativen Etatrede des Reichsfinanzministers Dr. Brixch seien noch die folgenden bedeutameren Gedankengänge nachzutragen: Der Minister sprach bei der Darlegung des Budgets für 1920 von den schweren inneren Schwierigkeiten des Reichs und den großen finanzpolitischen Anstrengungen, den Staat auf eine gefestigte Grundlage zu stellen. Er wies sodann auf einen zweiten, nicht minder großen und schweren Verpflichtungskreis hin und die unerlässlichen Listen aus dem Friedensvertrag. Rund 17 Milliarden Mark standen hierfür bereits im außerordentlichen Etat 1919 zur Verfügung. Rund fünf Milliarden sind für 1920 eingestellt, wobei der Finanzminister es als unverhüllt stellte, ob diese Summe hinreichend würde. Unsichtlich dieser Ziffern wird nun vielfach von der Gegenpartei die Bebauung aufgestellt, als wenn Deutschland bisher auf Grund des Friedensvertrages nur wenig geleistet hätte. Demgegenüber muß ich hier ausdrücklich auf die ungeheuren Werte hinweisen, die hinter diesen Ziffern stehen, die bereits der deutschen Volkswirtschaft entzogen worden und in die Hände der Entente gelangt sind. Ich nenne hier z. B. unsere Handelsflotte, das liquidierte Privateigentum im Auslande, das ausgelösste Heeresgut u. a. m. Ich nenne weiterhin die gewaltigen Summen für Lieferungen an Russen, Polen, Tschechoslowakei und Griechen, die der Friede am Tribut zahlte. Diese Sachalter kann der Friede zur Zeit nur mit Hilfe der Potenzer abholen, wofür er ja diese Sachalter den Vertragsgegnern ohne eine Gegenleistung zur Verfügung stellt hat. Es trat an die Stelle des Erborts der deutschen Volkswirtschaft die Leistungsbewältigung des deutschen Fiskus. Dies kann umfasse internationale Zahlungsbilanz natürlich nicht stärken, sondern nur schwächen. Zu diesen bedeutsamen wirtschafts- und finanzpolitischen Leistungen kommen die Kosten für die Belagungstruppe, für die bereits etwa drei Milliarden aufzubringen haben. Sie werden erhöht durch die Kosten für die zahlreichen Kommissionen der alliierten und assoziierter Mächte, die durchaus nicht zu unterschätzen sind. Ich mache nur daraus aufmerksam, daß beispielweise ein Oberst zur Zeit ein monatliches Verdienstkommen von 10 000 Mark bezahlt, und ein einfacher Soldat ein monatliches Verdienstkommen von 2000 Mark. Angeicht der tiefe Preisfall und die Vertragsverpflichtungen und der bereits von Deutschland unter Spannung aller Kräfte geleisteten Leistungen halte ich es für die Erzielung von Ordnung in unserer Finanzwirtschaft für unbedingt notwendig, zu wissen, mit welchen bestimmten fest abgegrenzten Leistungen wir zu rechnen haben. Ich begrüße es vom deutlichen Standpunkt in aller Ausführlichkeit, wenn jetzt bei den verantwortlichen Staatsrämnern der Vertragsgegner die Auffassung immer mehr Platz zu greifen scheint, daß diese Verpflichtungsumgrenzung im bester Interesse liegt. Die deutsche Regierung wird alle Unterlagen offen darlegen, die zu einer objektiven Kenntnis unserer wahren finanziellen und wirtschaftlichen Lage beitragen können.

BTW berichtet: In einigen Morgenblättern beginnt die Übergabe der vorgelegten Karte des Reichsfinanzministers Brixch mit einem Satz des Inhalts, als ob der Finanzminister gezeigt hätte, die Größe des finanziellen Zusammenbruchs sei in bedrohliche Nähe gerückt. Einen solchen Satz hat der Minister weder dem Wortlauten noch dem Sinne nach ausgesprochen. Vielmehr hat der Reichsfinanzminister, wie sich aus dem amtlichen Sienogramme ergibt und wie auch verschiedene Blätter es richtig gebracht haben, zum Anfang seiner Rede zum Ausbruch gebracht, daß vor einem Jahre mancher geglaubt hätte, es werde keinen Ausweg aus dem Finanzengeliste geben und daß ein reichliches Maß von Optimismus dazu gehoben habe, an die Möglichkeit der Sanierung der deutschen Finanzen zu glauben. Heute aber misst er feststellen, daß im Laufe von drei Quartalsjahren eine Arbeit geleistet worden sei, deren Größe und Tragweite alles weit in den Scharten stelle, was jemals in Deutschland an Reformen geschaffen wurde. Das ist also gerade das Gegenteil von dem, was in der Übergabe einiger Blätter dem Minister unterstellt wurde.

Die Kirche?

Werthe Dich geht sie an,
die Kirche der Zukunft!

5. Klasse 176. Sächs. Landes-Lotterie.

Alle Nummern, unter welchen bis Sonntag, 20. Mai um 200 Mark gezogen werden. (Eine Schilder bei Wiedergabe. — Rücksenden verboten.)

12. Sitzungstag vom 27. April 1920.

80000 Br. 80000. Ausgabe 25000. Schrift.

80000 Br. 42200 Br. 80000. Schrift.

80